Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 4

Artikel: Vor 50 Jahren : Lenins Heimkehr
Autor: Scheuer, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337926

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ferenz — der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz — sowie über die Teilnehmer an dieser Konferenz zu erzielen. Der Generalsekretär glaubt unterstreichen zu müssen, dass die Frage der Teilnehmer an offiziellen Verhandlungen nicht ein Hindernis auf dem Wege einer Regelung bilden darf.»

Der Generalsekretär ist der Ansicht, dass sowohl die Regierungen von Hanoi und Saigon als auch die Nationale Befreiungsfront (Vietkong) an den Verhandlungen teilnehmen sollten, die Nationale Befreiungsfront, *weil auch sie in die militärischen Operationen verwickelt ist.* Wie erinnerlich, lehnt es die Regierung Südvietnams, obwohl sie ganz von Washingtons Gnaden lebt, ab, den Vietkong als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Die USA und Grossbritannien haben U Thants Vorschläge positiv aufgenommen, obwohl sich Aussenminister Rusk keinen Illusionen hingab. Aus Saigon verlauteten eher skeptische Töne, ebenso aus Hanoi, das offenbar darauf beharrt, dass die USA zuerst die Bombardierungen Nordvietnams einstellen sollten, bevor Verhandlungen stattfinden könnten.

U Thants Bemühungen stellen im Moment nichts weiter dar als einen kleinen Hoffnungsschimmer, aber immerhin scheint er fest daran zu glauben, dass er eines Tages doch noch Erfolg haben könnte. Und das ist schon etwas in einer beinahe ausweglosen Situation.

Vor 50 Jahren

Lenins Heimkehr

Von Georg Scheuer (Paris)

Anfang April 1917, einige Wochen nach dem Ausbruch der Märzrevolution und dem Sturz des Zaren, kehrte Lenin mit einer Reihe von anderen russischen Emigranten aus der Schweiz nach Russland zurück. Er durchquerte das kaiserliche Deutschland in einem plombierten Waggon auf Grund eines Abkommens mit dem Oberkommandierenden General Ludendorff. Das Abkommen zwischen russischen Revolutionären und deutschen Militaristen ist eine der merkwürdigsten Begebenheiten in der Geschichte unseres Jahrhunderts. Der deutsche Generalstab hoffte 1917, Lenin werde die militärische Widerstandskraft Russlands durch revolutionäre Propaganda weiter zersetzen; das wilhelminische Kaiserreich wollte dann den Nutzen daraus ziehen. Lenin akzeptierte den Handel, ohne sich politisch festzulegen. Er versprach nur, auf der Reise durch Deutschland im Waggon zu bleiben. Die gleiche Verpflichtung unterschrieben auch

Sinowjew, Lenins treuester Kampfgefährte im Exil, und andere mitreisende russische Emigranten.

Ludendorffs Spekulation

Eine Denkschrift über Lenins Kriegs- und Revolutionsprogramm («Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg») wurde schon Anfang 1915 dem deutschen Gesandten in Bern vorgelegt, der das Dokument an den damaligen Reichskanzler Bethmann-Hollweg weiterleitete. Eine wichtige Rolle in den Verbindungen zwischen führenden deutschen Kreisen und der russischen revolutionären Bewegung spielte auch ein gewisser Helphand-Parvus, ursprünglich russischer Marxist, dann Emigrant in Deutschland, in Linksopposition zur SPD, 1905 mit Trotzki einer der Führer des Petersburger Sowjets und Verfasser von theoretischen Artikeln über die «permanente Revolution». Während des Weltkrieges unterstützte Parvus Deutschland, in der Absicht, auf diese Weise in Russland infolge militärischer Niederlagen des Zarismus eine Revolution hervorzurufen. Er wurde somit zum gegebenen Verbindungsmann zwischen Lenin und Ludendorff.

Der deutsche Oberbefehlshaber war überzeugt, dass revolutionäre Wirren in Russland den deutschen Sieg beschleunigen könnten. Von Lenins eigentlichen Ideen hatte er keine Ahnung, wie er später zugab. Lenin wieder kam es nur darauf an, möglichst bald nach Russland zu kommen, selbst durch eine Vereinbarung mit Abgesandten des deutschen Kaiserreiches. Dass er sich damit harten Kritiken aussetzte, wusste er, betrachtete dies aber als nebensächlich.

31 Personen reisten mit Lenin im «plombierten Waggon», unter ihnen Lenins Frau Krupskaja, Sinowjew und Karl Radek. Die Fahrt ging von Bern bis Stockholm. Die Russen durften während der Reise den Waggon nicht verlassen. Von Schweden ging es mit Eisenbahn und Schlitten nach Finnland und von da mit einem russischen Zug nach Petrograd, wo Lenin am 16. April um 11 Uhr abends am Finnländischen Bahnhof ankam.

Lange Zeit hindurch wurde Lenin von seinen politischen Gegnern zum «Abgesandten des Kaisers» und sogar zum «deutschen Geheimagenten» gestempelt, nicht nur wegen der Reise im plombierten Waggon, sondern auch wegen angeblicher Geldspenden aus reichsdeutschen Quellen. Erst 1945 entdeckte man in den Akten des Auswärtigen Amtes einen Bericht des deutschen Aussenministers Baron von Kühlmann an Wilhelm II. vom 3. Dezember 1917: «Erst als die Bolschewiken von uns einen stetigen Fluss von Geldern durch verschiedene Kanäle und unter wechselnden Etiketten erhielten, waren sie in der Lage, ihr Hauptorgan, die ‚Prawda‘, aufzubauen, eine energische Propaganda zu entfalten und ihre ursprünglich schmale Basis beträchtlich zu erweitern.» (International Affairs 4/56.) Die weiteren Ereignisse zeigen jedenfalls, dass die betrogenen Betrüger im

Auswärtigen Amt in Berlin und im Generalstab des deutschen Kaiserreiches sassen.

Ankunft in Petrograd

Nach seiner Ankunft in Petrograd wurde Lenin spät abends von befreundeten Soldaten auf einen Panzerwagen gehoben und hielt im Scheinwerferlicht eine revolutionäre Ansprache: «Wir brauchen keine parlamentarische Republik, wir brauchen keine bürgerliche Demokratie, wir brauchen nur eine Regierung der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Landarbeiter.» Umjubelt von seinen Anhängern fuhr Lenin dann in das Hauptquartier der bolschewistischen Partei. Unmittelbar darauf verkündete Lenin seine «Aprilthesen»: ein komplettes Programm der bolschewistischen Machtergreifung und des nunmehr totalen Bruches mit der Sozialdemokratie und mit der soeben in Russland entstandenen demokratischen Republik.

Lenin hatte befürchtet, die provisorische Regierung werde ihn sofort nach seiner Ankunft verhaften lassen. In Wirklichkeit wurde er vom Vorsitzenden des Petrograder Sowjets Tscheidse und dem Arbeitsminister Skobelew — beide menschewistische Sozialdemokraten — feierlich begrüsst. In seiner Antwortrede ignorierte Lenin die offiziellen Persönlichkeiten und richtete nur einige revolutionäre Parolen an die «Soldaten, Matrosen und Arbeiter».

Lenin begann sofort mit seiner Agitation und Propaganda, zunächst innerhalb seiner eigenen bolschewistischen Partei, die damals auf eine Machtergreifung noch keineswegs vorbereitet war, ja sich sogar in ihrem Zentralorgan «Prawda» gelegentlich regierungstreu gebärdete und für die Landesverteidigung, das heisst die Weiterführung des Krieges eintrat, allerdings mit der Forderung, auf Annexionen zu verzichten. Lenin: «Von der Regierung der Kapitalisten zu fordern, sie solle auf Annexionen verzichten, ist Unsinn.»

Die bolschewistische Partei war erschüttert und lehnte in der Petrograder Parteileitung Lenins Thesen zuerst mit grosser Mehrheit ab. Einige Wochen später konnte Lenin seine Auffassungen jedoch auf einer gesamtrussischen bolschewistischen Konferenz durchsetzen. Ursprünglich hatte er zunächst nur mit einer bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland gerechnet, die den Anstoss zu einer proletarisch-sozialistischen Revolution in Westeuropa geben sollte. Dann erst wäre nach ursprünglichen bolschewistischen Vorstellungen auch für das rückständige Russland der Weg für eine proletarisch-sozialistische Entwicklung freigeworden.

Verständigung mit Trotzki

Der sozialdemokratisch-marxistische Einzelgänger Leo Trotzki hatte diesem bolschewistischen Konzept widersprochen und sich zugleich auch

von den Menschewiken entfernt; er glaubte schon in der ersten Russischen Revolution 1905 an die Möglichkeit einer sozialistischen Umwälzung, an ein «Hinüberwachsen» der bürgerlich-demokratischen in die proletarisch-sozialistische Revolution, nicht erst unter dem Einfluss revolutionärer Ereignisse in Westeuropa, sondern auch als Ausgangspunkt und Motor für derartige internationale Erschütterungen (Theorie der «Permanenten Revolution»).

Nun übernahm Lenin im April 1917 Trotzkis Idee. Auf dieser Ebene kam es im Mai 1917 zum Beitritt Trotzkis und seiner Splittergruppe zur bolschewistischen Partei. Lenin und Trotzki wurden nun die beiden führenden Köpfe in der Vorbereitung und Durchführung der bolschewistischen Oktoberrevolution. Zunächst mussten aber noch Widerstände innerhalb der eigenen bolschewistischen Partei gebrochen werden.

Das Wiedersehen und die Verständigung zwischen Lenin und Trotzki im Mai 1917 kamen gerade recht: die zweite Revolutionswoge seit dem Sturz des Zaren war im Rollen. Wieder zogen grosse Massen von Soldaten, Matrosen und Betriebsarbeitern auf die Strassen von Petrograd mit der Forderung nach Frieden, Landaufteilung, Brot. Die Autorität der provisorischen Regierung schmolz dahin. Die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) übten immer mehr die wirkliche Macht aus. Zum Teil organisierten sie sogar die Produktion und Verteilung der Lebensmittel.

Diesem Zustand Rechnung tragend, wurde eine Koalitionsregierung auf breiterer Grundlage gebildet. Kerenski wurde nun Minister für Landesverteidigung. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre übernahmen eine Reihe von Ministerposten (Landwirtschaft, Versorgungswesen, Verkehrswesen, Justiz). Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre hofften auf diese Weise auf die demokratische und revolutionäre Entwicklung Russlands entsprechenden Einfluss auszuüben und der extremen Radikalisierung Einhalt zu gebieten. Die Regierungsbeteiligung erfolgte nach langen Debatten und mit der Vorstellung, die sozialistischen Minister seien nur Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte.

Revolution der Soldaten

Lenin wandte sich direkt an die Soldaten und hielt immer wieder Ansprachen vor den verschiedenen Regimentern und Panzerdivisionen. Die Märzrevolution war vor allem eine Soldatenrevolution gewesen; die Metallarbeiter und Textilarbeiterinnen hatten dann nur den Ausschlag gegeben. Der geplante bolschewistische Umsturz sollte und musste erst recht eine Soldatenrevolution sein. Das ganze Jahr 1917 hindurch ging es den russischen Volksmassen in steigendem Masse um die Beendigung eines mörderischen Krieges.

Die provisorische Regierung erwies sich ebenso wie das Zarenregime ausserstande, diese Lebensfrage zu lösen, dem Krieg ein Ende zu setzen.

Lenin hatte das von Anfang an erfasst und zentrierte die ganze bolschewistische Agitation und Propaganda auf diesen Punkt. Für die breiten Massen der Bauernsoldaten war damit auch die Idee der Landaufteilung verbunden. Es gelang Lenin auf diese Weise, ein Regiment nach dem andern für die bolschewistische Friedensparole zu gewinnen.

Im Sommer 1917 begann die bolschewistische Minderheit innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte mit einer erfolgreichen Kampagne gegen die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre. Die Radikalisierung in den Arbeitervierteln Petrograds nahm zu und übertraf teilweise sogar die bolschewistischen Pläne. Anarchisten gewannen Einfluss. Die Kronstädter Matrosen, die schon in der Revolution von 1905 und dann in der Märzrevolution 1917 eine hervorragende Rolle gespielt hatten, waren auch jetzt wieder ein treibender Faktor. Sie standen in ihrer Mehrheit den Anarchisten nahe, stellten sich aber im Sommer und Herbst 1917 hinter Lenin und Trotzki.

Die Mehrheit Russlands wollte aber von den Bolschewiken nichts wissen. Auf dem ersten Gesamtrussischen Rätekongress im Juni 1917 erklärten sich von 820 stimmberechtigten Delegierten nur 100 für die Bolschewiken. Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stand noch bei den menschewistischen Sozialdemokraten, die Mehrheit der Bauern und Landarbeiter bei den Sozialrevolutionären.

Die rund um Petrograd stationierten Soldaten und Matrosen jedoch standen den Bolschewiken nahe. Auf diese radikale Minderheit stützte sich Lenins Partei. Teilweise übertrumpften die radikalisierten Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Petrograd mit ihrer «direkten Aktion» die offiziellen Parolen der Bolschewiken.

Die provisorische Regierung jedoch glaubte, die Antikriegsstimmung ignorieren zu können. Sie meinte sogar, die revolutionäre Unruhe in der Armee und im Hinterland durch eine militärische Offensive ablenken und bändigen zu können. So startete Kerenski im Juli seine Offensive in Galizien. Zuerst konnte er gegen die österreichisch-ungarischen Armeen einige Erfolge buchen. Als aber Verstärkungen aus Deutschland eintrafen, wurden die Russen wieder zurückgeworfen. Hunderttausende mussten ihr Leben lassen. Nun erhob die Russische Revolution erst recht ihr Haupt.

Es kam zu offenen Meutereien an der Front. Offiziere wurden von ihren eigenen Leuten umgebracht. Ganze Armeen waren in Auflösung begriffen. Dennoch konnte sich die provisorische Regierung nicht dazu entschliessen, dem Krieg ein Ende zu setzen, die Alliierten zu «verraten» und mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schliessen.

Die Julikämpfe

So kam es im Juli 1917, nach dem Scheitern der «Kerenski-Offensive» an der galizischen Front, in Petrograd zu revolutionären Massendemon-

strationen, die den Bolschewiken allerdings in diesem Augenblick unerwünscht waren. Die Zeit schien ihnen «noch nicht reif», und sie befürchteten ein frühzeitiges Verpuffen der revolutionären Energien, mit welchen sie selbst zur Macht kommen wollten.

Die radikalisierten Matrosen, Soldaten und Arbeiter strömten dennoch bewaffnet auf die Strassen und forderten «alle Macht den Räten». Die Peter-Pauls-Festung wurde nach mehrtägigen Kämpfen von revolutionären Demonstranten besetzt. Ein Bürgerkrieg zwischen den regierungstreuen Truppen und den Aufständischen, vor allem den Kronstädter Matrosen, schien unvermeidlich. In dieser Situation griff die bolschewistische Parteiführung ein und «bremste»: die revolutionären Massenkundgebungen wurden durch bolschewistische Agitatoren in friedlichere Bahnen gelenkt, eine direkte Kraftprobe wurde vermieden.

Die provisorische Regierung schien noch einmal Herr der Lage zu bleiben. Kosaken wurden als Ordnungstruppe nach Petrograd verlegt. Rechtsradikale Gruppen verwüsteten die Redaktion und die Druckerei der bolschewistischen «Prawda». Ein Teil der linksradikalen Rädelsführer wurde vorübergehend verhaftet, unter ihnen Trotzki und Kamenew. Auch gegen Lenin und Sinowjew wurde ein Haftbefehl ausgestellt, sie waren aber bereits nach Finnland geflüchtet, wo sie sich bis zur Oktoberrevolution versteckt hielten.

Lenin taucht unter

Lenin flüchtete nach Finnland, bedeckte seine Glanze mit einer Perücke und hatte falsche Ausweispapiere auf den Namen eines Petrograder Metallarbeiters namens Iwanow.

Auch im Juli 1917 waren die Bolschewiken also noch relativ einflusslos. Lenins Kronzeuge John Reed, ein amerikanischer Sozialist, der damals als Reporter in Petrograd tätig war, schrieb in seinem Buch «Ten Days That Shook the World» (Zehn Tage, die die Welt erschütterten) über die Julitage: «Die Bolschewiki, zu der Zeit eine kleine politische Sekte, stellten sich an die Spitze der Bewegung. Das Ergebnis des völligen Misserfolges der Erhebung war, dass sich die öffentliche Meinung gegen sie kehrte.»

Die Zeit arbeitete jedoch weiter für die Bolschewiken. Der Krieg pumpte neues Wasser auf Lenins Mühlen. Der Krieg hatte zur Märzrevolution geführt, er trieb jetzt zur Oktoberrevolution. Die Partei der Konstitutionellen Demokraten trat im Juli 1917 aus der Koalitionsregierung aus, um auf diese Weise gegen die anscheinend unaufhaltsame Linksentwicklung zu protestieren. Von der Front wurden weitere militärische Niederlagen gemeldet. Die deutsche Armee konnte bei Tarnopol durchbrechen. In der russischen Schwarzmeerflotte brachen Unruhen aus. Diese Ereignisse führten zu einem neuen Linksruck in Petrograd. Nach dem Rücktritt der Konstitutionellen Demokraten wurde Kerenski Anfang August Minister-

präsident. Zugleich blieb er Minister für Landesverteidigung. Die wichtigsten Ministerien wurden nun von Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten besetzt; die einen erhielten das Innenministerium, die Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung. die andern die Ministerien für Industrie, Arbeit, Postwesen und Justiz.

Machtergreifung als Ziel

Zugleich ernannte Kerenski jedoch den zarentreuen General Kornilow zum Oberkommandierenden. Er hoffte auf diese Weise ein «Gleichgewicht» zwischen links und rechts zu wahren, in Wirklichkeit legte er sich selbst die Schlinge um den Hals. Kornilow stellte nämlich seinem Regierungschef Kerenski ein Ultimatum und begann mit einem «Marsch auf Petrograd». Er wollte nicht nur die Revolution erwürgen, sondern auch die bürgerlich-demokratische Republik stürzen und Kerenski und dessen Minister «aufhängen».

Diese gegenrevolutionäre Offensive scheiterte schon nach einigen Tagen am Widerstand der Soldaten und Arbeiter. Die Truppen meuterten, die Arbeiter sabotierten die Lokomotiven. Kornilow wurde schliesslich von seinen eigenen Soldaten verhaftet, ehe er in Petrograd eintreffen konnte.

Kerenski hatte diesen raschen Umschwung nicht vorhergesehen. Er hatte tatsächlich geglaubt, Kornilow verfüge über kampfbereite Truppen und stelle eine Gefahr dar. Um sich gegen Kornilow zu schützen, hatte Kerenski darum nicht nur an die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern direkt an die Bolschewiken appelliert, die seit Juli verhafteten linksradikalen Funktionäre freigelassen und die Aufstellung von revolutionären Kampftruppen begünstigt.

Die Bolschewiken hatten nun freies Feld. Lenin proklamierte: «Wir stützen Kerenski wie der Strick den Gehängten.» Ein bolschewistisches «Komitee zum Kampf gegen die Konterrevolution» wurde geschaffen. Die Bolschewiken spielten «Schutzwall zur Verteidigung demokratischer und republikanischer Errungenschaften gegen die Konterrevolution». Die Gefahr einer neuen «Verschwörung» oder «Restauration» wurde masslos übertrieben. Die Bolschewiken hatten mit dieser Propaganda Erfolg. Sie gewannen Stimmen in Moskau. Trotzki wurde Anfang Oktober in Petrograd mit Unterstützung der Linken Sozialrevolutionäre und der Linken Menschewiken zum Vorsitzenden des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats gewählt. Dank dieser wichtigen Funktion konnte Trotzki im Einverständnis mit Lenin den bolschewistischen Staatsstreich technisch vorbereiten.

Die demokratischen Parteien bemühten sich unterdessen immer noch, geordnete Parlamentswahlen vorzubereiten. Zu diesem Zweck fand eine «Demokratische Konferenz» statt, in der alle sozialistischen Parteien vertreten waren. Sie beschloss die Einberufung eines Vorparlaments, an dem

auch Bolschewiken teilnehmen sollten. Gegen den Willen Lenins erklärte sich die bolschewistische Fraktion für eine Beteiligung an dieser parlamentarischen Körperschaft. In letzter Minute erreichte Lenin, dass die Bolschewiken das Vorparlament verlassen und auf diese Weise nicht nur mit der bürgerlichen Demokratie, sondern auch mit den andern Arbeiterparteien brechen. Die bolschewistische Partei beschritt nun unter der Führung Lenins den Weg zur gewaltsamen Machtergreifung.

(Aus einem Buch von Georg Scheuer über die Russische Revolution, das im Herbst dieses Jahres im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen [Hannover] erscheint.)

Blick in die Zeitschriften

Polnische Marxisten kritisieren Gomulkas System

Als es Polen nach 1956 als erstem blocktreuem kommunistischem Land möglich war, eigene Wege zu gehen, wurde diese Entwicklung von vielen aufrechten Sozialisten begeistert begrüsst. Polen war für viele ein Beispiel, dass auch in einem kommunistischen Staat ideologische Gegensätze frei diskutiert werden können. Die Folge dieser Lockerungen war eine auch für westliche Länder beispielhafte geistige Entwicklung, die hauptsächlich in der Kunst und Literatur ihren Niederschlag fand. Leider war dieser «polnische Frühling» in den letzten Jahren verschiedenen Frostperioden ausgesetzt, so dass Polen in mancherlei Hinsicht von Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei überholt wurde. Die ersten Zeichen dafür, dass auch in Polen der Stalinismus noch nicht endgültig besiegt ist, war die Auseinandersetzung um die Zeitschrift «Po Prostu», dem Blatt der Intellektuellen, das bei der Oktoberrevolution des Jahres 1956 eine führende Rolle gespielt hatte. Im Laufe der letzten zwei Jahre waren es drei kommunistische Intellektuelle, die wiederholt im Brennpunkt der ideologischen Auseinandersetzung standen, so der auch bei uns bekannte Philosophieprofessor Dr. Leszek Kolakowski, der vor kurzem aus der Kommunistischen Partei Polens ausgeschlossen wurde, sowie zwei junge mutige Dozenten der Warschauer Universität, J. Kuron und K. Modzelewski, die für ihren «Offenen Brief» an die Mitglieder der Partei zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Über diese Tatsachen und ihre Hintergründe weiss man bei uns verhältnismässig wenig. Drei fast gleichzeitig erschienene Zeitschriften ermöglichen es jetzt dem Leser, sich in umfangreichen Beiträgen ein genaueres Bild über diese Ereignisse zu machen. In der österreichischen Mo-